

## „An Luxus-Variante gearbeitet“

Auch von der neuen Gruppierung Freie Wähler Friedrichsdorf gibt es eine Äußerung zur Stadtbücherei, die wir leicht gekürzt wiedergeben:

„Hat die Stadt bei der Gestaltung der neuen Bibliothek am Houiller Platz jegliches Gefühl für die derzeitige finanzielle und politische Situation verloren? Zumindest passt der Umbau zu einem Preis von über zwei Millionen Euro hier nicht hinein. Wir Freie Wähler Friedrichsdorf verstehen Bibliotheken

als wichtiges Bildungs- und Informationsangebot sowie sozialen Treffpunkt für Jung und Alt. Sie ermöglichen allen Menschen einen ungehinderten sowie politisch neutralen Zugang zu allgemein zugänglichen Quellen. Darüber hinaus ist die Bibliothek an diesem Standort ein wichtiger Beitrag zur Aufwertung des Houiller Platzes. Angesichts der Kostenexplosion von ursprünglich 1,05 Millionen Euro auf nunmehr über zwei Millionen Euro scheinen jedoch

von Anfang an eklatante Fehler gemacht worden zu sein. Anscheinend wurde ausschließlich an einer „Luxus-Variante“ gearbeitet. Das begann schon damit, einen (...) teuren Architekten zu engagieren. Die hierdurch entstandenen Planungskosten von 400000 Euro sind ein Betrag, der eher für die Planung einer ganzen Wohnsiedlung angebracht wäre. Da ist die logische Konsequenz, dass der Umbau auch ausschließlich im Luxussegment geplant wurde,

was die veranschlagten Baukosten auf das Doppelte hochschnellen ließen. Auf der anderen Seite wird die Grundsteuer, die zulasten aller Friedrichsdorfer geht, überdimensional erhöht. Dies passt nicht in die derzeitige Landschaft. Selbst wenn man damit argumentiert, dass circa 54 Prozent der Umbau- und Baunebenkosten aus einem Städtebauförderungsprogramm kommen, redet man hier ebenfalls von Steuergeldern. Den Freien Wählern stellt sich

die Frage, warum die Mehrheitsfraktion (Grüne, FWG, SPD) (...) in Kenntnis dieser Umstände nicht längst die Reißleine gezogen hat. Erst auf den erkennbaren Widerstand der Oppositionsparteien wurde die Vorlage vertagt. Wir hoffen, dass die Verlagerung in die Haushaltsdiskussion nicht zu einer Alibiveranstaltung mutiert und die hohen Kosten, falls genügend Einnahmen an anderer Stelle vorliegen, doch noch durchgewunken werden!“

red